

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Donnerstag, 25.06.2015

Ort: Achilles Hof ambet e. V., Am Grasplatz 5C, 38112 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Annette Schütze - SPD

Mitglieder

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Frau Kate Grigat - SPD

Frau Friederike Harlfinger - CDU

Frau Annette Johannes - SPD

Frau Jutta Plinke - B90/GRÜNE

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Frau Susanne Schmedt - B90/GRÜNE

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

Herr Frank Täubert - CDU

Vertretung für: Herrn Björn Hinrichs

Frau Claudia Jonda - Piratenpartei

Herr Michael Baumgart

Herr Dr. Burkhard Budde

Frau Christiane Jaschinski-Gaus

Frau Christine Wolnik

Herr Arnim Graßhoff

Herr Henning Eschemann

Herr Heinz Kaiser

Herr Dr. Günter Weinhausen

Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether – FBL 50

Frau Claudia Barget – FB 50

Frau Marion Becker – FB 50
Herr Thomas Tegtmeyer – FB 50
Frau Sabine Maliske – FB 50
Herr Marcus Schumann – FB 50
Herr Jörg Hornburg – Jobcenter Braunschweig
Herr Hans Golmann – ambet e. V.

Abwesend

Mitglieder

Herr Björn Hinrichs - CDU entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 7. Mai 2015
- 3 Vorstellung von Vereinen und Verbänden
- 3.1 Vorstellung von Vereinen und Verbänden
Projekt "Achilles Hof" ambet e. V.
- 4 Mitteilungen
- 4.1 Bericht über die Umsetzung der Altenhilfeplanung 2014
"Braunschweig - lebenswert auch im Alter"
- 4.2 Flüchtlingssituation in Kralenriede
- 5 Anfragen
- 5.1 Jobcenter: Mehraufwand/-kosten: Erläuterungen in ablehnenden Bescheiden
- 5.1.1 Jobcenter: Mehraufwand/-kosten: Erläuterungen in ablehnenden Bescheiden
- 5.2 Einflussmöglichkeiten auf die Ausrichtung des Jobcenters
- 5.2.1 Einflussmöglichkeiten auf die Ausrichtung des Jobcenters
- 6 Anträge
- 6.1 Zusammensetzung örtlicher Beirat des Jobcenters
- 6.1.1 zu DS 3904/15: Zusammensetzung örtlicher Beirat des Jobcenters
- 6.2 Jobcenter - Umfrage zur Qualitätssicherung
- 6.3 Ausweitung des Probewohnens

6.4 Probewohnen ausweiten

7 Einwohnerfrage

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet von 15:00 bis 15:40 Uhr eine Besichtigung der Einrichtung "Achilles Hof" ambet e. V. unter der Führung von Herrn Golmann statt.

Um 15:40 Uhr eröffnet die Vorsitzende offiziell die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 7. Mai 2015

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11; Nein: 0; Enth.: 0

3. Vorstellung von Vereinen und Verbänden

Im Rahmen der Führung durch die Einrichtung erläutert Herr Golmann die Entstehung und Ausrichtung des "Achilles Hofes".

3.1. Vorstellung von Vereinen und Verbänden Projekt "Achilles Hof" ambet e. V.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen

4.1. Bericht über die Umsetzung der Altenhilfeplanung 2014 "Braunschweig - lebenswert auch im Alter"

Ratsherr Sommerfeld bemängelt die Darstellung der Mitteilung. Er verweist auf den Beschluss des Rates vom 18. Juli 2006 aufgrund dessen dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit, jährlich über den Stand der Umsetzung von Maßnahmen der Altenhilfeplanung zu berichten sei. Die Mitteilung gebe keine ausreichenden Informationen wie der Stand der einzelnen Maßnahmen sei.

Ratsfrau Schütze erläutert, dass die Umsetzung der Altenhilfeplanung darauf angelegt sei, dass diese durch die Stadtteile selbst erfolge. Dazu seien Pilotstadtteile gebildet worden. Ihr fehle in der Mitteilung jedoch der Blick auf die übrigen Stadtteile, die nicht in der Mitteilung genannt werden und ein Resümee, inwieweit die Pilotprojekte auch auf die anderen Stadtteile übertragbar wären.

Frau Jaschinski-Gaus führt aus, dass im Stadtbezirk 212 Heidberg-Melverode dringend eine Begegnungsstätte benötigt werde.

Herr Eschemann regt an, die Mitteilung in Form eines Soll-Ist-Vergleiches zu gestalten. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass der Beschluss über die Altenhilfeplanung im nächsten Jahr bereits 10 Jahre alt sei und an die Entwicklung angepasst werden sollte. Dazu sei es aus seiner Sicht sinnvoll, in der Zusammensetzung aller damaligen Akteure, die Altenhilfeplanung neu zu betrachten.

Ratsfrau Johannes bittet zukünftig darum, die Mitteilung nicht nur ausschließlich auf das letzte Jahr zu beziehen, sondern den aktuellsten Stand mit einfließen zu lassen. Als Beispiel nennt sie die Erläuterungen zum Garten ohne Grenzen, der am 1. Juli 2015 offiziell eröffnet werde.

Frau Dr. Hanke erklärt, dass die Verwaltung zukünftig die Mitteilung in geänderter Form vorlegen könne, wenn der Ausschuss in seiner Gesamtheit sich dafür ausspreche.

Der Ausschuss bittet darauf hin, in Zukunft zu dem Jahresbericht ebenfalls einen Soll-Ist-Vergleich und einen Ausblick auf aktuelle Maßnahmen aufzunehmen.

Im Übrigen wird die Mitteilung zur Kenntnis genommen.

4.2. Flüchtlingssituation in Kralenriede

Nachfragen zur Mitteilung werden beantwortet und Möglichkeiten der Verbesserung der Situation diskutiert.

Frau Dr. Hanke verweist darauf, dass regelmäßiger Kontakt zur Landesaufnahmebehörde (LAB) bestehe.

Grundsätzlich sei aber das Land zuständig und somit seien die Einflussmöglichkeiten der Stadt begrenzt.

Es werde nach Ausweichquartieren gesucht. Sofern diese nicht in unmittelbarer Nähe zur LAB liegen würden, entstehe in der Folge das Problem, wie die Betreuung der Flüchtlinge sichergestellt werden könne.

Die Nachfrage von Ratsfrau Schmedt zum Sachstand der kostenfreien Nutzung des Hei-mausweises für den öffentlichen Nahverkehr wird wie folgt zum Protokoll beantwortet:

"Eine abschließende Entscheidung des Landes liegt noch nicht vor."

Auf Wunsch von Frau Schütze wird darüber hinaus zum Protokoll nachgereicht, wie sich der allgemeine Gesundheitszustand der Flüchtlinge darstellt:

„Medizinische Versorgung der Asylsuchenden in der Landesaufnahmebehörde Braunschweig (LAB) - Stand 2. Juli 2015

Es fanden telefonische Rücksprachen mit dem Allgemeinmediziner Herrn Dr. Lutter am 30. Juni sowie mit dem Leiter des Sozialdienstes der LAB Herrn Schulte am 2. Juli statt.

Gespräch mit Herrn Dr. Lutter:

Die Gemeinschaftspraxis Dr. Piest/Dr. Lutter hält zweimal wöchentlich dienstags und donnerstags eine Sprechstunde ab, meist in der Zeit zwischen 11:00 bis 15:00 Uhr für jeweils 1 ½ Stunden. Diese Sprechstunde wird durch den Johanniter-Gesundheitsdienst aus der Landesaufnahmebehörde organisiert, d. h., die Patientenvorauswahl und die Terminierung erfolgen durch die Pflegekräfte des Johanniter-Dienstes. Meist werden Asylsuchende mit chronischen Vorerkrankungen (z. B. Diabetes mellitus, Herzerkrankungen) oder mit akuten Magen-, Kopf- und Bauchschmerzen vorgestellt. Bei chronischen Erkrankungen werden Kassenrezepte mit der Verordnung von Folgemedikationen ausgestellt.

Herr Dr. Lutter führte aus, dass sich die Sprechstunde, auch mit der Anzahl der Termine, in den letzten Monaten nicht geändert habe. Komplexe Probleme mit psychischen Traumafolgen müssten seltener bearbeitet werden. Für Trauma-Klienten gibt es eine strukturierte Zu-

sammenarbeit der LAB mit einer niedergelassenen Psychologin sowie mit der Psychotherapeutischen Ambulanz der Technischen Universität Braunschweig. Das bedeutet, dass offensichtlich traumatisierte Asylsuchende nicht in der Praxis Dr. Piest/Dr. Lutter vorgestellt werden, sondern sie werden direkt in ein Fachgespräch mit einem Psychologen gesteuert. In der Regel finden dann 3 psychologische Gespräche pro Asylsuchendem statt. Allen Patienten mit offensichtlichem Trauma wird durch den Gesundheitsdienst der Johanniter ein Screening-Bogen mit 10 – 20 Fragen vorgelegt, nach dem entschieden wird, ob bereits vor Verlegung in die Zielkommune eine psychologische Fachbetreuung erforderlich ist. Dieses Screening gibt es seit ca. 3 Monaten.

Gelegentlich werden infektiöse Erkrankungen wie Varizellen (Windpocken) oder Scabies (Krätze) in der Sprechstunde gesehen. Ausbrüche von Infektionserkrankungen sind von Herrn Dr. Lutter bisher nicht festgestellt worden. Kinder werden in der hausärztlichen Praxis nicht behandelt.

Gespräch mit Herrn Schulte, Leitender Sozialarbeiter in der LAB:

Seit Oktober 2014 gibt es eine Rund um die Uhr-Betreuung im Gesundheitsdienst der Johanniter. Die Tagesschicht ist mit zwei Mitarbeitern besetzt, Abend- und Nachtschicht mit je einem Mitarbeiter. Der Nacht-Mitarbeiter ist an der Pforte stationiert, macht eine Erstversorgung und ruft ggf. den Notfallärztlichen Dienst oder den Rettungsdienst an.

Facharzttermine werden reichlich und direkt über die Pflegekräfte des Johanniter-Dienstes für die Asylsuchenden vergeben. Hier gibt es eine gut funktionierende Zusammenarbeit mit den Ärzten im niedergelassenen Bereich. Kinder werden bei Anlass einem Kinderarzt vorgestellt. Man wisse, dass Kinderärzte durchaus auch mal impfen, in welchem Ausmaße, sei unbekannt.

Schwangere erhalten in der Regel einen Termin beim Frauenarzt, damit ein Mutterpass ausgestellt werden kann. In seltenen Fällen, bei schneller Verlegung in die Zielkommune, kann der Termin erst in der Zielkommune stattfinden.

Zusammenfassung:

Trotz des hohen Arbeitsanfalls ist die medizinische Versorgung für die Asylsuchenden gut geregelt. Weder von Herrn Schulte noch von Herrn Dr. Lutter werden zurzeit Veränderungsbedarf gesehen.

Fazit:

Aktuell kein Handlungsbedarf.“

5. Anfragen

5.1. Jobcenter: Mehraufwand/-kosten: Erläuterungen in ablehnenden Bescheiden

5.1.1. Jobcenter: Mehraufwand/-kosten: Erläuterungen in ablehnenden Bescheiden

Die Anfrage Nr. 15-00041 wird entsprechend der Stellungnahme Nr. 15-00041-01 beantwortet.

5.2. Einflussmöglichkeiten auf die Ausrichtung des Jobcenters

5.2.1. Einflussmöglichkeiten auf die Ausrichtung des Jobcenters

Die Anfrage Nr. 15-00069 wird entsprechend der Stellungnahme Nr. 15-00069-01 beantwortet.

6. Anträge

6.1. Zusammensetzung örtlicher Beirat des Jobcenters

Frau Dr. Hanke hält aufgrund der vorliegenden Anfragen und Anträge zu den Themenbereichen des Jobcenters eine allgemeine Klärung für sinnvoll. Sie schlägt deshalb ein Gespräch zwischen der Verwaltung, dem Jobcenter und den sozialpolitischen Sprechern der Fraktionen vor. Sie bittet die Anträge bis dahin zurück zu stellen.

Die antragstellenden Fraktionen erklären daraufhin, dass beide Anträge bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

6.1.1. zu DS 3904/15: Zusammensetzung örtlicher Beirat des Jobcenters

Auf die Erläuterung zu TOP I.6.1 wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

6.2. Jobcenter - Umfrage zur Qualitätssicherung

Die möglichen Kosten für eine jährliche, unabhängige Umfrage werden problematisiert. Darüber hinaus gibt Herr Klockgether zu bedenken, dass der kommunale Träger keinen Zugriff auf die erforderlichen Daten der Leistungsberechtigten habe und zu prüfen sei, ob die Herausgabe der Daten rechtlich zulässig sei.

Herr Hornburg erläutert, dass im Rahmen der Kundenzufriedenheitsanalyse durch die Bundesagentur für Arbeit seit 2013 nicht mehr nur Neukunden befragt werden. Diese machen lediglich 5 % der Befragten aus, die Mehrheit der Befragten seien Bestandskunden. Er führt weiterhin aus, dass das Jobcenter über keinerlei Kenntnisse verfüge, wer im Rahmen der Kundenzufriedenheitsanalyse befragt werde.

Ratsfrau Jonda erklärt in Anbetracht des angebotenen Gesprächs zwischen dem Jobcenter, der Verwaltung und den sozialpolitischen Sprechern, dass der Antrag ebenfalls zurückgestellt werde.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

6.3. Ausweitung des Probewohnens

Die Anträge Nr. 15-00140 und 15-00138 werden nach Aussprache im Ausschuss zu einem gemeinsamen Antrag zusammengefasst und zur Abstimmung gestellt.

Der gemeinsame Antrag soll im weiteren Beratungsverlauf dem Verwaltungsausschuss und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Es wird vereinbart, den folgenden Sachverhalt als Begründung des weiterzuleitenden Antrag zu übernehmen:

Sachverhalt:

In Braunschweig fehlt bekanntlich bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit geringem Budget. Besonders betroffen sind hier Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen auf dem Wohnungsmarkt keine Chancen haben. Diese sind entweder schon wohnungslos oder akut von Wohnungslosigkeit bedroht. Hierunter zählen zusehends auch junge Menschen unter 25 Jahren und neuerdings auch vermehrt junge Frauen.

Derzeit stehen nach Aussage der Verwaltung 16 solcher Wohnungen in Braunschweig zur Verfügung., benötigt werden aber in einem ersten Schritt 50 solcher Wohnungen. Aktuell wurde die Problematik fehlender Wohnungen für diese schwierige Gruppe auch im Bündnis für Wohnen thematisiert.

Im Rahmen eines solchen Prüfauftrages möchten wir die Verwaltung insbesondere darum bitten darzustellen, welche konkreten Maßnahmen und Mittel notwendig sind, um die erforderliche Aufstockung auf mindestens 50 Plätze zu erreichen.

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit sie die private Wohnungswirtschaft bei einer Ausweitung des Angebotes an Probewohnungen so unterstützen kann, dass perspektivisch mindestens 50 solcher Wohnungen zur Verfügung stehen.

Insbesondere ist zu prüfen:

1. wieviele solcher Wohnungen von den Baugenossenschaften zur Verfügung gestellt werden könnten unter veränderten Rahmenbedingungen (z. B. verstärkte Hilfsangebote auch über das 1 Jahr hinaus für die "Probewohnenden" durch Sozialarbeiter/Hauswirtschaftliche Hilfe etc).

2. welche privaten Vermieter durch besondere Anreize gewonnen werden könnten, um solche Wohnungen zur Verfügung zu stellen (z. B. Sanierungszuschüsse, s. Karlsruher Modell)

3. und welcher Kostenrahmen dadurch entstehen würde.

Die Prüfungsergebnisse sollen bis zu den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2016 vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10; Nein: 0; Enth.: 0

6.4. Probewohnen ausweiten

Die Anträge werden nach Aussprache im Ausschuss zu einem gemeinsamen Antrag zusammengefasst und entsprechend des geänderten Beschlusses zu Antrag Nr. 15-00140 entschieden.

Der Antrag wird entsprechend der geänderten Beschlussfassung zu Antrag Nr. 15-00140 beschlossen.

7. Einwohnerfrage

Die vorliegende Einwohnerfrage wird beantwortet.

gez.
Schütze
Ausschussvorsitzende

gez.
Dr. Hanke
Dezernentin

gez.
Barget
Schriftführerin